

Lieber Peter,
in dieser Woche hat mich ein schrecklicher Albtraum heimgesucht: Ich sah bei einer Fahrt durch die Stadt plötzlich lauter Wahlplakate mit Angie, der verschmitzt schmunzelnden Kanzlerin, die ein rotes Trumm in ihren Händen hielt, vier Buchstaben, die ein Wort ergaben: WORT. Und darunter stand der fetzige Slogan: „Die Kanzlerin, die Wort hält“. „Das gibt es doch gar nicht“, murmelte ich ungläubig, um dann empört hinzuzufügen: „Das ist doch geklaut! Genau! Von mir!“ – und darüber bin ich aufgewacht.

Schuld an dieser Schlafstörung war die BILD-Zeitung. Sie hat nämlich Ende letzter Woche einen der witzigsten Kommentare zur Bundespolitik abgeliefert, die in letzter Zeit zu lesen waren. Erst führte sie trocken aus, dass sich in der CDU Verdruss und Ärger breitmachen, weil die SPD ein Wahlversprechen nach dem anderen in die Tat umsetzen darf, erst die Rente mit 63 (na ja, allzu genau sollte man da nicht hinsehen), dann den gesetzlichen Mindestlohn, der soeben die letzten parlamentarischen Hür-

den nahm und demnächst auch noch eine wirksame Mietenbremse, die wir schon seit Jahrzehnten fordern.

Und was, fragte BILD, hat die CDU zu bieten? Richtig! Das Versprechen der Kanzlerin: „Mit mir wird es keine Maut geben!“ BILD weiter: Dieses Versprechen werde jetzt offenbar in die Tat umgesetzt ... Und dann wäre es ja wirklich naheliegend, dass sich Angela Merkel von ihren Getreuen als „Kanzlerin, die Wort hält“ feiern lässt!

Spaß beiseite! Alexander Dobrindt hat Anfang dieser Woche immerhin seine Zusage eingehalten, noch vor der Sommerpause Farbe zu bekennen, wie die seit Jahrzehnten versprochene Abgabe genau aussehen soll, die angeblich keinen Deutschen einen Euro kostet, europarechtlich zulässig sein soll und Milliarden für marode Brücken und Straßen in die Bundeskasse schwemmen werde. Dieser imposante Erwartungshorizont ist allerdings schon in den vergangenen Monaten still und heimlich zurückgestutzt worden. Von Milliarden ist nicht mehr die Rede, nur noch von Millionen, immerhin aber eini-



Briefwechsel

zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Eine Kanzlerin, die Wort hält

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

gen Hundert. Was europarechtlich geht und was nicht, ist immer noch vollkommen unklar. Verteufelte Ungewissheit wie am ersten Tag!

Aber dass der deutsche Autofahrer nicht zusätzlich finanziell belastet werden soll, scheint durch das Dobrindt-Modell zumindest auf den ersten Blick gewährleistet zu sein. Und wenn sich die Bundesländer, deren Landesstra-

ßen plötzlich auch in Mautgebiete einbezogen werden, ihren Anteil an der Beute sichern, „ist dies für den Zustand unseres Straßennetzes auch nicht schlecht“.

Freilich ist nach wie vor noch nicht durch europarechtliche Verfahren geklärt, ob die versprochene Maut, die nur Ausländer betrifft, auch tatsächlich realisiert werden kann. So wissen wir

also unabhängig vom deutschen Gesetzgebungsverfahren noch lange Zeit nicht, ob das CSU-Wahlversprechen platzt oder tatsächlich in die Tat umgesetzt wird. Und somit bleibt auch – vermutlich bis zur nächsten Bundestagswahl! – ungewiss, ob die Kanzlerin tatsächlich ihr Wort („Mit mir wird es keine Maut geben.“) halten wird oder ob die CSU dies von sich wird behaupten können. Unbeschädigt wird aber keine der Unions-Schwestern aus diesem Dilemma hervorgehen können.

Diese missliche Lage wirft schon die Frage auf, ob man zentrale politische Botschaften und Versprechen tatsächlich derart wolkenhaft und ungeprüft machen darf, wie die CSU es mit der Maut für Ausländer seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts (!) macht: beifallsträchtige Parolen für jedes Bierzelt, weil man ja angeblich nur den anderen in den Geldbeutel greift und nicht den eigenen Leuten, aber nicht der Hauch eines Plans, eines Konzeptes, einer volkswirtschaftlichen Kalkulation oder einer europarechtlichen Überprüfung, ob das Ganze überhaupt

ernsthaft in die Tat umgesetzt werden kann. Wahrscheinlich wird auch im nächsten Bundestagswahlkampf noch mit Glauben und Wissen agitiert werden wie bisher.

Ich finde, dass sich der politische Betrieb ernsthaft vornehmen sollte, in Zukunft bei zentralen Reformvorhaben vorher vollständig Auskunft zu geben über alles, worauf es ankommt, und nicht nur zu versprechen, was ankommt. In Deinem letzten Brief hast Du fundiert begründet, warum es Dir so schwerfällt, mit „Super-Mario“ Draghi Frieden zu schließen. Dein Ruf nach einer Satzungsänderung bei der Europäischen Zentralbank klingt plausibel, denn bei finanziellen Haftungsfragen sollte der Stimmrechtsanteil von den unterschiedlichen Haftungssummen abhängig sein. Anders gesagt: wer viel zahlen muss, soll auch viel zu sagen haben. In diesem Sinne wünsche ich Dir viel Erfolg für Deinen Vorstoß. Vielen Dank für Deine guten Wünsche, mit denen Du mein Engagement in Istanbul bedacht hast. Darauf komme ich nochmal zurück.

Dein Christian